

Anfragen

Anfrage des Abg. Dr. Fleck vom 01.10.2019:
Digitalisierung im Straßenverkehrsamt

Der Landrat verwies auf die Antwort der Verwaltung vom 21.10.2019.

Anfrage der Kreistagsfraktionen CDU und GRÜNE vom 29.10.2019:
Umsetzung Breitbandausbau im Rhein-Sieg-Kreis
Der Landrat verwies auf die Antwort der Verwaltung vom 12.11.2019.

Anfrage des Abg. Dr. Fleck vom 08.11.2019:
Arbeitslose im Rechtskreis SGB II, erwerbsfähige Leistungsbezieher im SGB II-Bezug und Asylbewerber/Flüchtlinge in den 19 Städten und Gemeinden des Rhein-Sieg-Kreises und insgesamt im Rhein-Sieg-Kreis

Der Landrat teilte mit, dass die Antwort der Verwaltung als Tischvorlage verteilt worden sei.

Anfrage der Kreistagsfraktionen CDU und GRÜNE vom 11.11.2019:
Vermarktung landwirtschaftlicher Erzeugnisse

Der Landrat verwies auf die Antwort der Verwaltung vom 14.11.2019.

Anfrage der AfD-Kreistagsfraktion vom 14.11.2019:
Vertretungsregelung in den Ausschüssen des Rhein-Sieg-Kreises

Der Landrat verwies auf die Antwort der Verwaltung vom 27.11.2019

Sachstand Breitbandausbau

Der Landrat teilte mit, dass die Telekom ihre Zeit- und Realisierungspläne aktualisiert hätte und diese nun vorlägen. Die Pläne wiesen als Ende der 24-Monatsfrist für den Ausbau November 2021 aus.

Die Telekom habe den Zuwendungsvertrag am 11.11.2019 unterschrieben. Sie habe jedoch vorher mitgeteilt, dass für sie die zweijährige Ausbaufrist mit Unterschrift von Landrat Schuster vom 02.08.2019 beginne und am 02.08.2021 ende. Hiervon weiche die Telekom jetzt in 3 von 12 Ausbaucustern ab.

Folgende Kommunen seien hiervon betroffen:

Fertigstellung Ende September 2021:
Bornheim, Troisdorf, Niederkassel; hier würden hauptsächlich die Schulen angeschlossen.

Fertigstellung November 2021:
Hennef; hier seien sowohl Schulen als auch Haushalte betroffen
Meckenheim, Rheinbach, Swisttal; hier werden hauptsächlich die Schulen angeschlossen

Die genauen Zeit- und Realisierungspläne würden auch unmittelbar den Fraktionen und Kommunen zugehen. Des Weiteren würden die Pläne schnellstmöglich auf der Homepage zum geförderten Breitbandausbau eingestellt und seien dort von jedermann einsehbar.

Sachstand zu den Perspektiven der Asklepios Klinik

Der Landrat sagte, der Rhein-Sieg-Kreis habe in seinen vielen Gesprächen auf Ministerial- und Bezirksebene zum Ausdruck bringen können, dass eine Grundversorgung der Kinder durch ein Kinderkrankenhaus notwendig sei.

Zum 01.10.2019 sei die Herzchirurgie (Deutsches Kinderherzzentrum DKHZ) mit ca. 30 Betten von der Asklepios Kinderklinik an das Uniklinikum Bonn übergeben worden. Im Laufe des Oktobers seien Räumlichkeiten innerhalb des Altbaus der Kinderklinik überwiegend in den Neubau des ursprünglichen DKHZ verlagert worden. Hierdurch hätten 18 Plätze für die Kinderintensivmedizin und 3 Zimmer mit Isolationsmöglichkeit auf höchstem medizinischen und hygienischen Niveau eingerichtet werden können. Der Schockraum im Erdgeschoß des Altbaus sei vergrößert und neu ausgestattet worden, sodass zurzeit dort Intensivfälle unter Beteiligung mehrerer Fachdisziplinen gleichzeitig untersucht werden könnten.

Er wies darauf hin, weder dem Kreistag noch der Kreisverwaltung obliege die Verantwortung für die medizinische Versorgung und ihre Durchführung. Die Verwaltung des Rhein-Sieg-Kreises habe daher nicht die Möglichkeit, regulierend in den Prozess der Selbstverwaltung des Gesundheitssystems einzugreifen. Die Verwaltung könne diesen Prozess lediglich moderierend begleiten.

Die nachfolgende Auflistung zeige die unterschiedlichen Akteure im Gesundheitssystem auf, mit denen die Verwaltung seit Juli 2019 im Gespräch sei.

Nr.	Institution	Ziele/Inhalte	Termine
1	Asklepios Konzern	Gesamtgeschäftsführung, Handlungsoptionen, Vorort-Besuch, Hamburg	16.07.19
2	SANA Kliniken	Sachstand	seit Juli im Austausch
3	RSK	Auswirkungen auf das Rettungswesen	31.07.19
4	MAGS	Telefonate zum Sachstand	01.08.19 02.08.19
5	Gesundheitsregion e.V.	Entwicklung Region, grundsätzliche Einschätzungen	19.09.19
6	Unikliniken Bonn	Lage, Optionen	24.09.19
7	GFO Kliniken	Lage, Optionen	Kontinuierliche Gespräche
8	Bezirksregierung	Lageschreibung, weitere Vorgehensweise	02.10.19
9	MAGS	Lagebeschreibung, Krankenhausbedarfsplanung 2020 ff, Anregung Regionalkonferenz	08.10.19
10	LVR	Lage, Optionen	08.10.19
11	Unikliniken Bonn	Abstimmungsgespräch Krankenhaussituation Region	09.10.19

12	KGK	Sep. TOP, Sachstand Asklepios, Bericht der GF, Herr Jansen	09.10.19
13	Landrat	Abstimmungsgespräch	11.10.19
14	Uniklinken Bonn	Lage, Optionen	22.10.19
15	Interessent A	Absage einer alleinigen Übernahme, Kooperationsbereitschaft	29.10.19
16	MAGS	Sachstand	05.11.19
17	Interessent B	Absage Beteiligung an Asklepios Kinderklinik Sankt Augustin	14.11.19
18	GF Asklepios Sankt Augustin	Sachstand	fortlaufend

Zum aktuellen Sachstand teilte der Landrat mit, dass nach Auskunft der Bezirksregierung Köln vom 10.12.2019 dort am 09.12.2019 seitens der Geschäftsführung Asklepios ein Antrag auf Gewährung eines Sicherstellungszuschlages gem. §136c SGB V gestellt worden sei. Ergänzend zu diesem Antrag sei der Bezirksregierung von Asklepios ein Gutachten vorgelegt worden, dass die Voraussetzungen zur Gewährung des Sicherstellungszuschlages ergänzend unterstütze. Die Bezirksregierung prüfe nunmehr die jetzt dort vorliegenden Unterlagen.

Er habe das Gutachten unverzüglich an die Regierungspräsidentin und den Chef der Staatskanzlei mit der Bitte um Bearbeitung übersandt.

Die PowerPoint-Präsentation des Geschäftsführers der Asklepios Klinik, Herr Jansen werde der Niederschrift beigelegt (*siehe Anhang 2 zur Niederschrift*).

Verschwiegenheitspflicht von Kreistagsabgeordneten

Weiter teilte der Landrat mit, dass ihm ein Kreistagsabgeordneter per E-Mail mitgeteilt habe, dass er seine Verschwiegenheitspflicht zu einem behandelten Tagesordnungspunkt im nichtöffentlichen Teil der Sitzung des Rechnungsprüfungsausschusses nicht einhalten werde. Er habe die nichtöffentlichen Unterlagen ins Internet gestellt.

Die Verwaltung habe ihn daraufhin unter Androhung eines Ordnungsgeldes aufgefordert, diese Unterlagen nicht weiter öffentlich bekanntzugeben. Der Kreistagsabgeordnete hingegen habe die Veröffentlichung der Unterlagen im Internet ausgebaut.

Es gebe eine eindeutige Regelung in der Hauptsatzung, aus der hervorgehe, dass aus dem nichtöffentlichen Teil einer Ausschusssitzung nicht öffentlich berichtet werden dürfe.

Die Fraktion des Kreistagsabgeordneten habe im Vorfeld der Sitzung des Rechnungsprüfungsausschusses nicht die Möglichkeit genutzt, eine entsprechenden Antrag zu stellen, dass diese Angelegenheit vom nichtöffentlichen Teil in den öffentlichen verschoben werde. Darüber hinaus hätte man bei unterschiedlicher Rechtsauffassung die Möglichkeit gehabt, die Kommunalaufsicht zur Klärung einzuschalten. Das sei nicht erfolgt.

Der Landrat verwies zudem auf eine Entscheidung des Verwaltungsgericht Düsseldorf, wonach eine Verletzung der Geheimhaltungspflicht ebenfalls bestehe, selbst wenn eine Angelegenheit unzutreffender Weise nichtöffentlich behandelt worden sei.

Er akzeptiere es nicht, dass sich eine Fraktion durch solche populistischen Einzelaktionen über das Satzungsrecht hinwegsetze. Die Verwaltung werde eine Strafbarkeit in dieser Angelegenheit prüfen.

Zur Wortmeldung des Abg. Otter teilte der Landrat mit, dass unter dem Tagesordnungspunkt Mitteilungen keine Aussprache vorgesehen sei.

Weitere Mitteilungen und Anfragen lagen nicht vor. Dann schloss der Landrat den öffentlichen Teil der Sitzung.